

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Koenigsberger Straße 101.
Fernruf: Alle Anschlüsse unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spand. Musik-Zeitung“, „Spand. Roman-Zeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinfiedler“, „Reise u. Verkehr“, 14 täglich: „Techn. Rundschau“, „Kritik“.

Anzeigenpreise: Die zehnspaltige Kolonelle oder deren Raum 80 Pf., die dreispaltige Zeile 180 Pf. Die Beilagengebühr beträgt 20 Pf. für das Laufen, die Offertengelbühr 20 Pf. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gebühr übernommen. — Bankkonten: Darmstädter und Nationalbank, Depositionskasse Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, e. m. b. H., Spandau. — Postfach: Konto: Berlin NW. 7 Nr. 1707.

Nummer 128 *

Donnerstag, 4. Juni 1931.

38. Jahrgang.

Sturmzeichen in der Saarpolitik.

Von Josef Kauer, Dillingen (Saar).

Während der diesjährigen Genfer Ratstagung erschien die Saarfrage nicht offiziell auf der Tagesordnung, wenn auch Abordnungen saarländischer politischer Parteien zur Fühlungnahme in Genf weilten. Das findet seinen hauptsächlichsten Grund darin, daß in Frankreich der außenpolitische Kurs im Augenblick sehr ins Schwimmen geraten ist und man deutscherseits inmitten aller außen- und innenpolitischen Fragen die Saarfrage in ihrer Gesamtheit jetzt nicht als brennend betrachtet.

Trotz allem darf man ohne Uebertreibung von gewissen Krisen der Saarpolitik reden, wenn man sie von parteipolitischen Ermägungen losläßt, die der Sache so sehr schaden. Die deutsche Sozialdemokratie — so schrieb kürzlich das Saarländer Parteiblatt der SPD. — empfindet die Eingeshlossenheit des Saargebietes in europäisches und deutsch-französisches Schicksal im Augenblick erst recht und will den unentwegten Kampf in der Richtung deutsch-französischer Verständigung und europäischer Einigung unenttäuscht und unentmutigt fortführen. Streicht man von diesen Ausführungen „den Erz und klingende Schelle“, so bleibt nichts mehr übrig als der Glaube, daß die Saarfrage sich von selbst bei einer deutsch-französischen Verständigung lösen würde. Eine solche Lösung hätte natürlich zur Voraussetzung, daß auf der französischen Seite überhaupt der Wille vorhanden ist, diese Verständigung zu suchen. Das aber muß mit aller Entschiedenheit verneint werden. Frankreich besitzt weder den Willen noch das moralische Verantwortungsgefühl zu einer solchen Lösung, es ist vielmehr nach wie vor auf dem besten Wege, das Saargebiet auszubenten, das als Reparationsprovinz betrachtet wird. Dafür nur einige Beispiele aus jüngster Zeit:

Dem saarländischen Bergbau geht es bekanntlich unter französischer Leitung nicht gut. Die Zeit der fetten Jahre, wo Hunderte von Millionen in die Staatskassen fließen, sind vorbei. Der Saarbergbau ist ein Zuschußbetrieb geworden. Der landfremde Arbeitgeber hat unter solchen Umständen nichts Gütigeres zu tun, als die Belegschaft zu verringern, die Leute, die durch Generationen ihr Brot im Bergbau verdient, brotlos zu machen. Im Bergbau selbst werden ohne Rücksicht auf den Gesamtbetrieb nur solche Flöze ausgebeutet, die bei geringstmöglicher Arbeitsleistung die größten Förderleistungen ergeben. Nur der Fachmann kann ermessen, wohin solche Maßnahmen namentlich im Bergbau, wo auf lange Sicht gearbeitet werden muß, führen werden. Dabei scheint es Frankreich völlig gleichgültig zu sein, daß es auf diese Weise seinen Traum einer 300-Millionen-Entschädigung für die Saargruben selbst zerstört.

Hand in Hand mit dieser Verelendung der Saarbergarbeiter in wirtschaftlicher Beziehung geht ein wachsender Druck in kultureller Beziehung. In stärkerem Maße als bisher wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Kinderdank für die französischen Domantalschulen betrieben. Die Regierungskommission sieht atemlos zu, vortrieht sich hinter Spitzfindigkeiten und Förmlichkeiten, übersteht die Proteste der Arbeiterschaft, der Lehrerschaft und anderer kultureller Organisationen mit genau dem gleichen Jynismus, mit dem sie — unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Schwierigkeiten — den beachtenswert hohen Stand der deutschen Volksschulen an der Saar durch Stellenabbau, Zusammenlegung von Klassen und Erhöhung der Durchschnittsschülerzahl herabdrückt.

Die französische Zoll- und Handelspolitik im Saargebiet ist ausgesprochen imperialistisch. In diesem Zusammenhang sei als beachtenswertes Kennzeichen erwähnt, daß sich die Schläge der Franzosen in den letzten Wochen hauptsächlich gegen die notleidende deutsche Landwirtschaft richten. Es gelang der französischen Handelspolitik nie, selbst in trübsten Zeiten nicht, das Saargebiet trotz äußerer Zollangliederung zum Glied der französischen Wirtschaft zu machen. Die natürlich gewachsenen wirtschaftlichen Bindungen zwischen Saar und Reich erwiesen sich wieder einmal stärker als das Diktat von Versailles. Man nahm Zoll und Schikanen in Kauf, um die Verbindungen zu wahren. Daß sich hiergegen der französische Imperialismus namentlich in Zeiten beginnender Wirtschaftskrisen und steigender Passivität der Handelsbilanz hart zur Wehr setzen würde, war vorauszusehen. Der Widerstand ging zunächst im Saarzollabkommen — auf Drängen lothringischer Kreise — gegen die Agrarpolitik Deutschlands. Diesen Maßnahmen ist auch die traurige Erscheinung zu verdanken, daß der Saararbeiter für 50 kg. Kartoffeln als Mindestpreis 6 Mk. anlegen muß, wohingegen der deutsche Bauer im Hochwald, Hunsrück und in der Pfalz froh wäre, seine Erzeugnisse — und er lieferte bisher Jahr für Jahr in das Industrieland der Saar — für 2 Mk. an den Mann zu bringen. Die Zollpolitik hinsichtlich der Einfuhr von Vieh, Fleisch und

Die Notverordnung fertig.

Berlin, 4. Juni.

Das Reichskabinett schloß gestern nachmittags seine Beratungen über die neue Notverordnung ab. Im Anschluß hieran begab sich der Reichskanzler Dr. Brüning zum Reichspräsidenten und hielt ihm einen längeren Vortrag über die geplanten Maßnahmen und die diesbezüglichen Beratungen des Reichskabinetts. Der Reichspräsident wird nunmehr voraussichtlich am Freitag der Woche die Notverordnungen unterzeichnen, die dann frühestens am Sonnabend veröffentlicht werden dürften.

Kurz vor der Abreise des Reichskanzlers und des Außenministers nach England, die programmgemäß um 11,32 Uhr erfolgte, fand dann noch in der Reichskanzlei eine Ministerbesprechung statt, die einer letzten Vorbereitung für die Konferenz in Chequers diente.

Der Inhalt der Notverordnung wird von der Regierung zunächst noch vertraulich behandelt. In großen Zügen sind die neuen Maßnahmen allerdings schon längst bekannt; an diesen Grundlinien dürfte sich auch kaum etwas geändert haben; dagegen ist es zur Zeit nicht möglich, wirklich authentische Angaben über die Einzelheiten der Verordnung zu machen. Eine Ausnahme davon dürfte lediglich eine zweifelhafte auf den Reichsarbeitsminister Siegerwald zurückgehende Darstellung des Gewerkschaftsbundes „Der Deutsche“ über die Staffelleistung der Krisensteuer bilden. Danach soll die Krisensteuer nach zwei verschiedenen Steuertarifen erhoben werden, und zwar:

a) als Krisenlohnsteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern (ohne die Beamten),
b) als Krisensteuer der Veranlagten von den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen.

Die Krisenlohnsteuer soll betragen: bei einem Monatseinkommen

bis 200 Mark	1 v. H. vom Bruttoeink.
700	1,5
1000	3,5
1500	4
3000	4,5
über 3000	5

Fleischwaren trieb ebensolche Blüten und führte sogar zum vollständigen Verbot. In gleichem Sinne richtet sich die französische Abwehr auch gegen die Einfuhr von Konserven, Most, Wein usw. Darüber hinaus liegen der französischen Kammer noch rund 200 Anträge auf Zoll-erhöhungen vor, die in ihrer weitaus größten Mehrzahl eine Erhöhung der deutschen Ausfuhr und eine Verteuerung der saarländischen Lebenshaltung bedeuten.

An diesen Tatsachen — wir haben nur Beispiele herausgegriffen — sieht man, wie es um den französischen Willen zur Verständigung steht und wie falsch es ist, in das sozialistische Horn zu tuken und das Heil von europäischer Einigkeit und deutsch-französischer Verständigung zu erhoffen. Daher erwacht uns als Deutschen die Pflicht, zu betonen und zu verlangen, daß nicht aus falscher Nachgiebigkeit die gesamte Existenz des Saarlandes in Frage gestellt wird.

Europareise Stimons und Abrüstungsfrage.

London, 4. Juni. Zu der für Ende Juni angelegten Europareise des amerikanischen Staatssekretärs Stimon meldet der Washingtoner Korrespondent der „Times“, daß Stimon eine Reihe privater Unterhaltungen mit Leuten haben werde, die ihm die von ihm gewünschten Informationen über die jetzige Lage Europas geben können. Der „Times“-Korrespondent fährt fort: Gegenwärtig konzentriert sich die Aufmerksamkeit des Staatsdepartements auf die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz. Nach Ansicht der Regierung ist diese Konferenz wichtiger als alle anderen europäischen Fragen, und diese anderen Fragen werden hier hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel ihrer Rückwirkung auf die Abrüstungskonferenz betrachtet. Trotz der nicht sehr rosenfarbigen Berichte über die europäische Lage, die die Regierung von einigen ihrer Boten erhalten zu haben scheint, hat das Staatsdepartement es abgelehnt, sich öffentlich über die Frage zu äußern, ob ein Aufbruch der Konferenz zum mindesten um einen Monat wünschenswert wäre. Dies wird eine der Fragen sein, in denen Staatssekretär Stimon nach seiner Rückkehr aus Europa klarez sehen wird.

König Hussein gestorben.

Jerusalem, 4. Juni. Der frühere von Irbu Sand vertriebene König von Hedchas, Hussein, ist heute in Amman (Transjordanien) gestorben.

Die Krisensteuer der Veranlagten soll hingegen betragen:

bis 8 000 Mark Jahreseinkommen	1 v. H.
20 000	1,5
100 000	2
250 000	2,5
500 000	3
1 000 000	3,5
über 1 000 000	4

An weiteren bisher nicht bekanntem mutmaßlichen Einzelheiten verläutet noch, daß neben der von 4 bis 8 v. H. gestaffelten Beamteneinkommensteuer auch die Kinderzulage für jedes erste Kind durch die Notverordnung um die Hälfte gekürzt werden soll.

Die Frage, ob und in welcher Form eine Bestimmung über die Arbeitszeitverkürzung in die Notverordnung aufgenommen werden soll, war bekanntlich bis zuletzt im Kabinett umstritten. Authentische Angaben, wie dieser Streit endigt hat, fehlen auch hier. Gerüchtweise verläutet, daß ein Kompromiß zustande gekommen sei, wonach das Kabinett ermächtigt werden soll, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche zunächst bei den Betrieben der öffentlichen Hand durchzuführen.

Wie schließlich noch verläutet, hat das Kabinett von seinem ursprünglichen Vorhaben gleichzeitig mit der Notverordnung auch einen Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk zu veröffentlichen, wieder Abstand genommen. Statt dessen soll eine amtliche Mitteilung veröffentlicht werden, die neben einer Inhaltsangabe auch eine ausführliche Begründung der Notverordnung enthalten soll.

Reichskanzler und Reichsaußenminister auf der Reise nach England.

Hamburg, 4. Juni. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius, die mit dem fahrplanmäßigen Berliner Nachtzug heute früh in Hamburg eingetroffen waren, haben sich um 8,35 Uhr mit dem Havag-Sonderzug, an den der Salonwagen angehängt wurde, nach Curhaven begeben, um von dort aus mit dem Dampfer „Hamburg“ die Reise nach England anzutreten. Im Namen der Hamburg-Amerika-Linie wurden die beiden Minister durch Direktor Dr. Reiser-Riep kurz vor der Abfahrt in ihrem Salonwagen begrüßt. Der Dampfer „Hamburg“ wird morgen mittag in Southampton eintreffen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Leipzig, 4. Juni. Der Parteivorstand hat am Mittwochabend eine Sitzung abgehalten, um sich nochmals mit der Vorbereitung der Vorstandswahlen zu beschäftigen. Es wurde beschlossen, dem Parteitag an Stelle von Hermann Müller das bisherige Vorstandsmitglied Vogel-Franken als Vorsitzenden vorzuschlagen, so daß die drei Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei in Zukunft Wels, Crispian und Vogel sein würden. Als Beisitzer sollen noch in den Parteivorstand gewählt werden Dr. Breitschew und Ullrich-Berlin.

Die Faschistische Partei und die Katholische Aktion.

Rom, 4. Juni. Der Vorstand der Faschistischen Partei hielt gestern im Palazzo Venezia eine Sitzung unter dem Vorsitz Mussolinis ab. Nachdem mitgeteilt worden war, daß die Partei jetzt 1 305 255 eingeschriebene Mitglieder zählt, beschäftigte sich der Vorstand mit der Polemik, die durch die „mehr oder weniger offenen zur Schau getragene feindselige Haltung gewisser Elemente der Katholischen Aktion“ hervorgerufen worden sei. Der Vorstand erklärte noch einmal seine tiefe Ehrerbietung für die katholische Religion, ihr Oberhaupt, ihre Priester und ihre Kirchen, erklärte aber auch seinen festen Willen, nicht zu dulden, daß der noch lebende und bis jetzt verschonte Antifaschismus unter irgendeiner neuen oder alten Fahne Schutz und Zuflucht findet. Diese Grundzüge müssen unanfechtbar gegen jeden und um jeden Preis verteidigt werden. — Der Vorstand beschloß endlich, während der nächsten Monate Mobilisierungen der faschistischen Massen zu veranstalten.

Großer Petroleumbrand in Rumänien.

Bukarest, 4. Juni. Ein Reservoir der Rumänischen Raffinerie im Petroleumgebiet von Bacau wurde gestern vom Blitzschlag getroffen und explodierte. Durch die Explosion griff das Feuer auf drei weitere Reservoirs mit 350 Waggons Öl über, die ebenfalls in die Luft flogen. Nach stundenlangen Bemühungen ist es gelungen, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden wird auf über 50 Millionen Lei geschätzt.